



26.01.2023

Rede von Ministerin Wiebke Osigus zum Tagesordnungspunkt 14

„FRAU, LEBEN, FREIHEIT - Demokratiebewegung im Iran unterstützen“

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis90/Die Grünen, Landtags-Drucksache 19/317

Es gilt das gesprochene Wort

Anrede,

In aller Deutlichkeit vorweg: Die Bilder und Berichte, die uns seit September des letzten Jahres aus dem Iran erreichen, sind unerträglich und nicht zu tolerieren!

Und ich stehe hier Seite an Seite mit Frauen und Männern im Iran, die mutig für Freiheit, Demokratie und ein Recht auf selbstbestimmtes Leben auf die Straße gehen. Sie werden vom dortigen Sicherheitsapparat brutal und unerbittlich bekämpft. Menschen werden auf grausame Weise hingerichtet, Hunderte wurden während der Proteste getötet, Tausende inhaftiert. Viele müssen unaussprechliche Gewalt erfahren und Eltern weinen um ihre Kinder. Das alles, meine Damen und Herren, ist menschenverachtend. Es kann und darf niemanden kalt lassen!

Im Namen der Niedersächsischen Landesregierung senden wir heute fraktionsübergreifend das deutliche Signal zum iranischen Regime: Hören Sie auf, Menschen hinzurichten und zu foltern! Schaffen Sie die Todesstrafe ab!

Pressestelle Osterstraße 40, 30159 Hannover	Tel.: (0511) 120 - 9710 Fax: (0511) 120 99 - 9701	www.mb.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@mb.niedersachsen.de
--	--	--

Lassen Sie alle unschuldigen Gefangenen frei! Und zwar unverzüglich! Legen Sie demokratische Maßstäbe an, behandeln Sie alle Menschen auf Augenhöhe und gleichauf.

Anrede,

Ich bin froh, dass die Bundespolitik deutlich gemacht hat, dass es mit einem Staat, der derart menschenverachtend mit seinen eigenen Bürgerinnen und Bürgern umgeht, kein „Weiter so“ in den bilateralen Beziehungen geben kann.

Wir dürfen nicht wegschauen vor dem, was im Iran vor den Augen der Weltöffentlichkeit geschieht. Die Niedersächsische Landesregierung wird deshalb weiterhin entschieden an der Seite der Opfer stehen und gemeinsam mit der Bundesregierung, unseren europäischen Partnern und den demokratischen Fraktionen dieses Hauses entschlossen handeln!

Ich möchte an dieser Stelle daran erinnern, dass die Landesregierung bereits in der letzten Wahlperiode frühzeitig wichtige Initiativen ergriffen hat. So wurde beispielsweise der Vertrag mit der Deutsch-Iranischen Handelskammer über den Betrieb der niedersächsischen Repräsentanz im Iran nicht verlängert.

Die Landesregierung hat zudem schnell für einen Abschiebestopp in den Iran gesorgt. Dabei haben wir im Übrigen auch bundesweit eine Vorreiterrolle eingenommen. So hatte unser Innenministerium mit Erlass vom 13.10.2022 die Ausländerbehörden gebeten, bis auf Weiteres keine Abschiebungen in den Iran zu vollziehen. Im Dezember hat Niedersachsen dann auch eine entsprechende Initiative bei der Innenministerkonferenz erfolgreich eingebracht. Am 02.12.2022 hat die Konferenz daraufhin beschlossen, bundesweit keine Abschiebungen mehr in den Iran zu vollziehen.

Anrede,

Pressestelle Osterstraße 40, 30159 Hannover	Tel.: (0511) 120 - 9710 Fax: (0511) 120 99 - 9701	www.mb.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@mb.niedersachsen.de
--	--	--

Ich begrüße zudem, dass die Bundesregierung für besonders gefährdete Personen aus den Bereichen Kultur, Wissenschaft, Medien und Zivilgesellschaft Plätze in speziellen Schutzprogrammen bereitgestellt hat. Für Verteidigerinnen und Verteidiger von Menschenrechten, für Journalistinnen und Journalisten sowie für andere Personen, die aufgrund ihres Einsatzes für Menschenrechte und Demokratie besonders gefährdet sind, besteht im Einzelfall auch die Möglichkeit einer Aufnahme in Deutschland.

Sie sehen: Niedersachsen hat schon im letzten Jahr schnell gehandelt und bundesweit wichtige Impulse gesetzt. Damit ist unsere Arbeit aber noch nicht abgeschlossen.

Es ist und es bleibt weiterhin ganz entscheidend – wie in dem Antrag auch zu Recht dargelegt wird – das Thema intensiv zu verfolgen und Druck auf die iranische Führung auszuüben. Der enge Schulterschluss des niedersächsischen Landtages und der Landesregierung mit der Bundesregierung und der EU ist dabei von großer Bedeutung.

Als Ministerin für Bund und Europa begrüße ich deshalb sehr, dass sich die EU-Mitgliedstaaten erst in der vergangenen Woche auf weitere Sanktionen gegen den Iran verständigt haben. Diese Sanktionen treffen zahlreiche Personen und Organisationen, die an der brutalen Unterdrückung der Protestierenden beteiligt sind. Die Strafmaßnahmen reichen vom Einfrieren von Vermögenswerten bis hin zu Einreiseverboten. Auch das Europäische Parlament hat in der vergangenen Woche nochmals seine Forderung nach weiteren Sanktionen unterstrichen.

Anrede,

ich kann Ihnen versichern, dass die Niedersächsische Landesregierung geschlossen an der Seite der mutigen Iranerinnen und Iraner steht, die für Freiheit und Selbstbestimmung auf die Straße gehen.

Pressestelle Osterstraße 40, 30159 Hannover	Tel.: (0511) 120 - 9711 Fax: (0511) 120 99 - 9711	www.mb.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@mb.niedersachsen.de
--	--	--

Anrede,

Wir unterstreichen heute den demokratischen Schulterschluss. Wir verurteilen das menschenverachtende Vorgehen des iranischen Sicherheitsapparates gegen die eigene Bevölkerung, gegen Menschen- und Frauenrechte auf das Schärfste. Es ist uns allen eine Warnung täglich für den Schutz demokratischer Strukturen einzutreten – hinzusehen und einzugreifen, wenn die Augenhöhe verlassen wird. Immer wieder zu prüfen, ob auch Schwache und Schwächere gut geschützt sind.

Die betroffenen Menschen im Iran stehen nicht alleine! Wir sehen und hören die Not, wir steuern auf allen Ebenen dagegen, wir setzen heute ein gemeinsames Zeichen und wir stehen Euch zur Seite!

Ich danke für die Aufmerksamkeit!

Pressestelle Osterstraße 40, 30159 Hannover	Tel.: (0511) 120 - 9710 Fax: (0511) 120 99 - 9701	www.mb.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@mb.niedersachsen.de
--	--	--